

# Mindanao: Alter Konflikt oder „neuer Krieg“? Eskalation der Gewalt im Süden der Philippinen

Helmut Schneider

Der Krieg gegen den Irak und seine Folgen sowie die politischen Debatten um sein Für und Wider haben das Interesse der Weltöffentlichkeit so stark gefesselt, dass Konflikte in anderen Weltregionen derzeit kaum noch wahrgenommen werden. Gegenwärtig finden weltweit über dreißig andere Kriege statt, oft ethnisch-kulturell oder regional begrenzt, teilweise schon lange andauernd und vielfach ohne absehbares Ende. Sie finden nur dann und meist auch nur kurzfristig größeres Medieninteresse, wenn westliche Wirtschaftsinteressen bedroht sind oder westliche Staatsbürger Opfer von Entführungen oder Anschlägen werden wie zum Beispiel bei den entführten Touristen in der algerischen Sahara, dem Bombenanschlag in Bali im Oktober letzten Jahres (vgl. VORLAUFER 2003) oder den spektakulären Entführungen in den Südphilippinen in den Jahren 2000 und 2001 (vgl. SCHNEIDER 2000, 2003). Die Medienresonanz wird damit auch im Kalkül der Täter zu einem Faktor, der den Einsatz der Gewaltmittel mitbestimmt. In einer globalisierten Welt hat die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols oder gar der vollständige Zusammenbruch staatlicher Strukturen auch in - aus westlicher Sicht - entfernten, peripheren Räumen weitreichende Folgen. Destabilisierende Wirkungen gehen beispielsweise von grenzüberschreitenden Flüchtlingsströmen und dem Entstehen rechtsfreier, gewalt-offener Rückzugsräume aus, die von der weltweit operierenden organisierten Kriminalität, aber auch dem internationalen Terrorismus genutzt werden können (vgl. dazu z.B. MÜNKLER 2002, 227 f.).

## Gewalt ohne Ende?

Zu den schon lang andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen ohne konkret absehbares Ende gehört ohne Zweifel der Regionalkonflikt im Süden der Philippinen. Historisch reichen die Wurzeln der Auseinandersetzung mit der muslimischen Bevölkerungsminderheit des ansonsten mehrheitlich christlichen Landes bis zu den Anfängen der spanischen Kolonialzeit im 16. Jahrhundert zurück. Die noch andauernde Konflikt-

phase setzte Ende der sechziger Jahre ein und hat bis heute nach konservativen Schätzungen mehr als 100.000 Opfer gekostet und Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht.

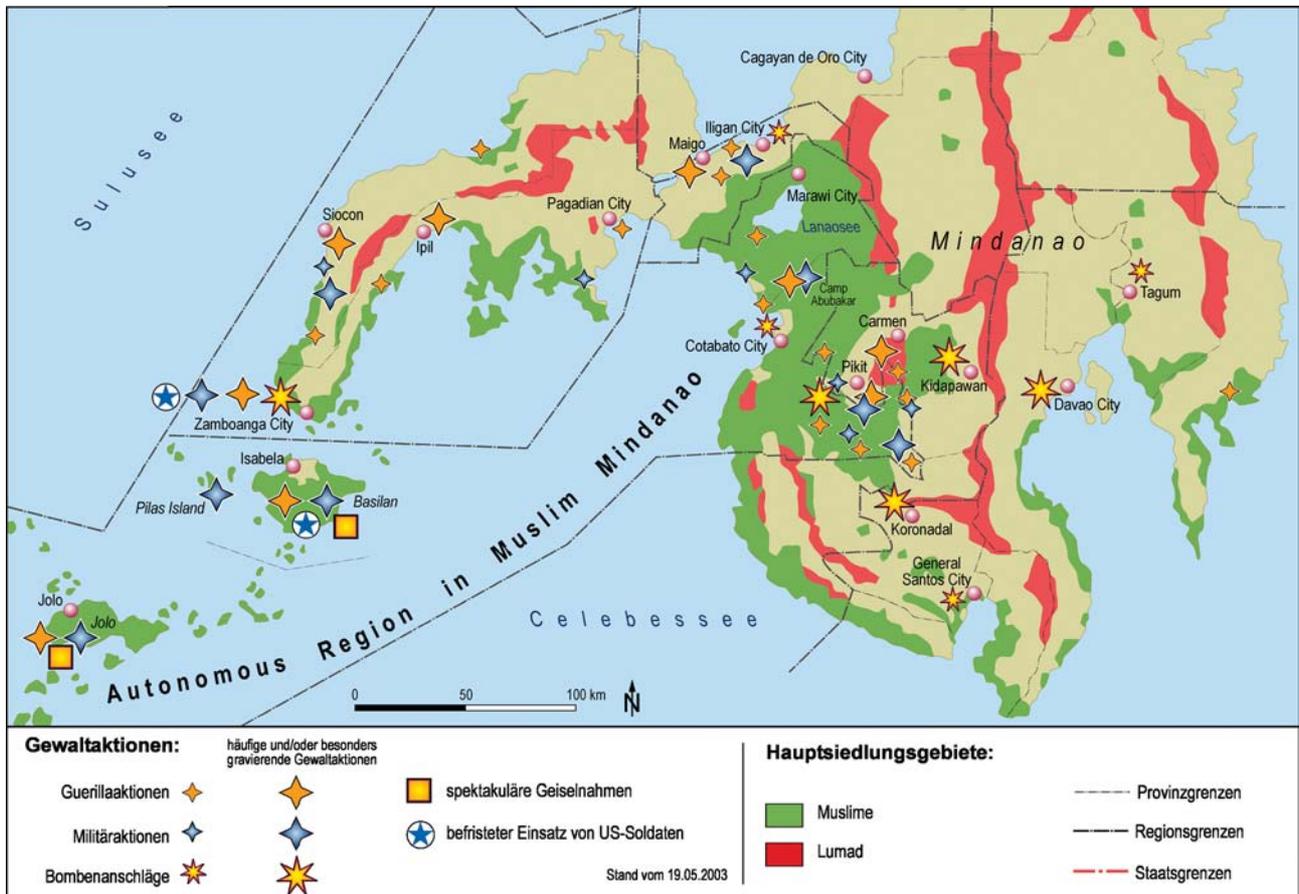
Zur gewaltsamen Eskalation kam es vor allem aufgrund konfligierender Landnutzungsansprüche zwischen den muslimischen Bewohnern Zentralmindanaos und christlichen Neusiedlern aus den dichter besiedelten nördlichen Landesteilen, Folge einer durch staatliche Umsiedlungsprogramme nach dem Zweiten Weltkrieg angestoßenen Zuwanderungsbewegung. Um die Wende zum 20. Jh. stellten Muslime und Lumad<sup>1</sup> noch die Bevölkerungsmehrheit in Mindanao und den Sulu-Inseln, Anfang der siebziger Jahre hatten sich die Mehrheitsverhältnisse aufgrund der Zuwanderung aus dem Norden jedoch dramatisch verkehrt: Zwar leben die Muslime, die heute mit ca. 3,5 Mio. Menschen rund 5% der philippinischen Gesamtbevölkerung (2003: ca. 82 Mio.) ausmachen, nahezu ausschließlich im Süden des Landes. Mit einem Bevölkerungsanteil von nur noch rund 21% sind sie aber auch hier längst zu einer Minderheit im eigenen Land geworden. Nur in wenigen Provinzen, auf den Sulu-Inseln und in Zentralmindanao, stellen sie auch die Bevölkerungsmehrheit. Vor diesem Hintergrund konnten sich Ende der sechziger Jahre unter Führung der von NUR MISUARI gegründeten *Moro National Liberation Front* (MNLF<sup>2</sup>) die politischen Kräfte durchsetzen, die mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes die staatliche Unabhängigkeit für die philippinischen Muslime erreichen wollten. Perspektiven für eine friedliche Konfliktlösung eröffneten sich erst wieder mit dem Ende des Kriegsrechtsregimes unter Marcos und der Übernahme der Präsidentschaft durch CORAZON AQUINO im Jahr 1986. Erstes Ergebnis war 1989 eine Autonomieregelung (ARMM = *Autonomous Region in Muslim Mindanao*), für die sich in einer Volksabstimmung die Bewohner von zunächst vier Provinzen, *Maguindanao* und *Lanao del Sur* in Zentralmindanao sowie *Jolo* und *Tawi-Tawi* im Sulu-Archipel, entschieden. Nach ei-

nem weiteren Plebiszit im Jahr 2001 wurde die ARMM noch um die Inselprovinz *Basilan* sowie die Stadt *Marawi City* am Lanao-See erweitert. Im Jahr 1996 verzichtete die MNLF in einem Friedensabkommen auf die Unabhängigkeitsforderung und akzeptierte eine Autonomielösung, die nach ihren Vorstellungen aber auf weitere Provinzen Mindanaos sowie die Insel Palawan ausgedehnt werden sollte - aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung aber ein wenig realistisches Ziel. NUR MISUARI, Gründer und Führer der MNLF, wurde im selben Jahr zum Gouverneur der autonomen Muslimregion ARMM gewählt. Damit hätte ein über 400-jähriger Konflikt, der weder von Spanien und den USA als Kolonialmächten noch dem unabhängigen philippinischen Nationalstaat nach 1945 militärisch beendet werden konnte, endlich eine Perspektive zur friedlichen Lösung finden können.

Die tatsächliche Entwicklung zeigt jedoch leider ein anderes Bild. Seit Mitte der neunziger Jahre haben Gewaltaktionen von Seiten der bewaffneten muslimischen Opposition, des philippinischen Militärs, aber auch von paramilitärischen Gruppen und kriminellen Entführerbanden stark zugenommen. Seit Februar dieses Jahres muss in der Folge einer Armeeooffensive in Zentralmindanao (in der Nähe der Stadt *Pikit*) gegen einen wichtigen Stützpunkt der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) sogar von einer ernststen Gewalteskalation gesprochen werden (vgl. dazu die Übersicht in Abb. 1<sup>3</sup>). Nach den jüngsten Angriffen der MILF-Guerilla auf mehrheitlich von Christen bewohnte Siedlungen im Norden und Westen Mindanaos (*Maigo* und *Siocon*) sowie einem Bombenanschlag ungeklärter Urheberschaft in der Stadt *Koronadal* hat Präsidentin GLORIA MACAPAGAL ARROYO inzwischen dem Militär freie Hand für „selektive“ Luft- und Artillerieangriffe auf vermutete Rebellenstützpunkte gegeben, die bereits zahlreiche Opfer gefordert haben. Mindanao steht damit wieder am Rande eines offenen Krieges.

Unter den philippinischen Muslimen

Abb. 1: Topographie der Gewalt in Mindanao 1995-2003 (Auswahl)



Quelle: Philippinische Tagespresse, BBC News Online.

Entwurf: H. Schneider; Kartographie: U. Beha

war die Aufgabe des Ziels staatlicher Unabhängigkeit zugunsten einer Autonomieregelung im Rahmen des philippinischen Nationalstaates nie unumstritten. Die stärker islamisch, aber nicht streng fundamentalistisch orientierte MILF hatte sich unter Führung HASHIM SALAMATS deswegen schon 1979 von der MNLF abgespalten. Die MILF ist heute mit ca. 12.000 Anhängern die stärkste von drei bewaffneten Muslimorganisationen, sie hält an der Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit fest und hat das Friedensabkommen von 1996 zwischen Regierung und MNLF nie akzeptiert. Seit 2001 finden aber unter malaysischer Vermittlung - angesichts der aktuellen Gewalteskalation derzeit allerdings suspendierte - Friedensgespräche mit der Regierung statt. Das seitdem geltende Waffenstillstandsabkommen wurde sowohl von der Armee als auch der MILF immer wieder gebrochen. *Abu Sayyaf*, die dritte und kleinste bewaffnete Organisation der philippinischen Muslime, 1991 ebenfalls als Abspaltung von der MNLF entstanden, der sie „Kapitulation“ vorwirft, hat in den letzten Jahren vor allem durch besonders brutale Kampfmethoden von sich reden gemacht: 1995 durch

einen blutigen Überfall auf die Kleinstadt *Ipil* sowie in den Jahren 2000 und 2001 durch spektakuläre Entführungen ausländischer Urlauber, die monatelang auf den Inseln *Jolo* und *Basilan* im Sulu-Archipel festgehalten wurden<sup>4</sup>. In mehreren Fällen wurden Entführungsoffer, für die sich kein Lösegeld erpressen ließ (zumeist Einheimische), enthauptet. Aufgrund der offenkundigen Unfähigkeit der Armee, die nur wenige hundert Anhänger zählende *Abu Sayyaf*-Gruppe zu besiegen oder gefangene Geiseln zu befreien, kam es im Jahr 2002 zu einem auf sechs Monate befristeten Einsatz mehrerer hundert US-Militärberater und -ausbilder in *Zamboanga City* und auf der Insel *Basilan*, über einen erneuten Einsatz wird derzeit verhandelt. Für die USA bot sich damit eine willkommene Gelegenheit, die Philippinen in ihre weltweite Antiterrorfront einzubeziehen, für die philippinische Armee war es die Chance, 100 Mio. US\$ Militärhilfe zur Beschaffung hochwertiger Ausrüstungen zu erhalten.<sup>5</sup>

#### Kulturkampf, Entwicklungskonflikt oder „neuer Krieg“?

Für den amerikanischen Politikwis-

senschaftler SAMUEL HUNTINGTON handelt es sich bei dem Regionalkonflikt im Süden der Philippinen um einen typischen „Bruchlinienkonflikt“ zwischen christlichem und islamischem Kulturkreis; an dieser Grenze - so seine These - verlaufe der „Zusammenprall der Kulturen“ besonders gewaltförmig (HUNTINGTON 1998, 412 ff.). Zweifellos spielen Kultur und religiöse Identität in diesem Konflikt eine Rolle, allerdings weniger als primäre Konfliktursache, sondern eher durch die Politisierung der kulturellen Differenz (MEYER 1997), die Akteure beider Seiten zur Anhängermobilisierung und Konfliktverschärfung betreiben (vgl. ausführlicher dazu SCHNEIDER 2003<sup>6</sup>). Ausgelöst durch die staatlich geförderte Zuwanderung christlicher Siedler aus dem Norden, aber auch durch die Aktivitäten großer Konzerne in der Agrar- und Forstwirtschaft sowie im Bergbau, findet eine Auseinandersetzung um die Ressourcen der Region statt. Insofern könnte von einem neokolonialen Entwicklungskonflikt gesprochen werden. Im internationalen Vergleich gehören die Philippinen zwar nicht zu den ärmsten, aber zu den armen Entwicklungsländern und innerhalb des Landes liegen die ärmsten Provinzen wiederum

Abb. 2: Gouverneurswahlen in der ARMM (Oktober 2001)



Abb. 3: Aufständische Misuari-Anhänger erzwingen durch Geiselnahme freien Abzug aus Zamboanga City (Oktober 2001)



Quellen: Philippine Daily Inquirer

im Süden. Die Autonomieregelung hat die Lebenssituation der muslimischen Bevölkerung nicht spürbar verbessert, ein Grund, warum die Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit nach wie vor populär ist. Dafür verantwortlich gemacht wurden auch Korruption und Misswirtschaft der ARMM-Verwaltung unter Führung NUR MISUARIS und seiner engeren Gefolgschaft. MISUARI geriet deswegen in seiner eigenen Organisation MNLF in die Kritik, wurde entmachtet und für die Gouverneurswahlen im Jahr 2001 nicht mehr nominiert.

Sein Versuch, die Wahlen durch eine bewaffnete Revolte auf der Insel Jolo zu stören, scheiterte unter hohen Verlusten (Abb. 2 und 3). Er wurde nach seiner Flucht in Malaysia verhaftet, an die Philippinen ausgeliefert und wartet nun in einem Militärcamp auf seinen Prozess wegen bewaffneter Rebellion. Zahlreiche Anhänger MISUARIS in der MNLF sind zum bewaffneten Kampf zurückgekehrt, teilweise haben sie sich auch der MILF, einige wohl auch der *Abu Sayyaf*-Gruppe angeschlossen.

Eine Lösung des Entwicklungsproblems durch Gewalt ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Die lange Konfliktdauer und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols verschlechtern die Entwicklungsaussichten für Mindanao und die Sulu-Inseln immer weiter. Da auch das Argument von „Kultur“ als primärer Konflikt-

ursache wenig überzeugend ist, stellt sich die Frage, warum dieser Konflikt offensichtlich so schwer zu beenden ist. Eine Erklärung könnte die politische Ökonomie der „neuen Kriege“ bieten, über die seit einiger Zeit vor allem Politologen und Historiker diskutierten (vgl. u.a. KALDOR 2000, EPPLER 2002, PREUSS 2002, MÜNKLER 2002). Im Unterschied zum „klassischen“, von staatlichen Akteuren geführten Krieg entwickeln sich diese neuen Kriege in der Folge gescheiterter oder unvollkommener Staatsbildungsprozesse oder auch des Zerfalls von Staaten. Auf diese Weise entstehen Räume, in denen das staatliche Gewaltmonopol nicht oder nur unvollkommen durchgesetzt werden kann. An seine Stelle tritt die von bewaffneten Gruppen ausgeübte privatisierte Gewalt. Eine Privatisierung der Gewalt erfolgt dabei keineswegs nur „von unten“, z.B. durch die Angehörigen der bewaffneten politischen Opposition oder der organisierten Kriminalität, sie wird oft auch „von oben“ betrieben: durch Angehörige des Staatsapparates, des Militärs oder der besitzenden Oberschicht, die sich zur Durchsetzung ihrer partikularen Interessen regulärer Soldaten, paramilitärischer Gruppen oder auch sogenannter Todesschwadronen bedienen - Phänomene, für die sich im südphilippinischen Regionalkonflikt mühelos Belege finden lassen.

Ein hervorstechendes Merkmal dieser Entwicklung ist die Verbindung von Gewalt und Ökonomie, von Krieg und organisierter Kriminalität. Als geradezu prototypisches Beispiel dafür kann im vorliegenden Fall die auf Entführungen spezialisierte *Abu Sayyaf*-Gruppe dienen. Aber auch bei den beiden größeren Organisationen MILF und MNLF sind die Grenzen zwischen politischem Kampf und Kriminalität oft diffus, manche Untereinheit schließt sich je nach Opportunität der einen oder der anderen Organisation an oder operiert auf eigene Faust. Auf der „gegnerischen Seite“ rekrutieren sich diverse paramilitärische Organisationen aus der christlichen Bevölkerung, sie stehen teilweise im Dienst des Militärs, von einflussreichen Politikern oder von Großunternehmen - oder sie gehen auf eigene Rechnung kriminellen Aktivitäten nach. Die politische Ökonomie der neuen Kriege basiert zum einen auf der Verbilligung militärischer

Gewaltanwendung (schnell rekrutierte Milizen, Einsatz von Kindersoldaten, Verwendung von leichten Waffen) sowie zum anderen auf den Möglichkeiten, Gewaltökonomien an die globalisierte Wirtschaft anzuschließen. Handel etwa mit gewaltsam angeeigneten Bodenschätzen und Tropenhölzern, aber auch mit Menschen und illegalen Gütern oder die Anlage und Nutzung erpresster Schutz- und Lösegelder erfordern „Schnittstellen“ mit legalen Wirtschaftskreisläufen. Zu Hauptprofiteuren der neuen Kriege werden „politische Gewaltunternehmer“ oder Warlords, die unternehmerische, politische und militärische Logiken in einer Person verbinden (vgl. MÜNKLER 2002, 161). Da die Grenzen zwischen Erwerbserleben und Gewaltanwendung verschwimmen, wird Krieg auch über den Kreis der „politischen Gewaltunternehmer“ im engeren Sinn hinaus für größere Bevölkerungsgruppen zu einem Mittel der Subsistenzsicherung. Darin ist ein Grund zu sehen, warum das „Entführungsunternehmen“ *Abu Sayyaf* trotz Gewalttaten auch gegen die lokale Bevölkerung und ohne wirkliche politische Programmatik unter den muslimischen Bewohnern der Inseln Jolo und Basilan offensichtlich nach wie vor Unterstützung findet: Mit erpressten Lösegeldern werden vielfältige Dienstleistungen bezahlt, für die lokale Bevölkerung eine nicht unbedeutende Einkommensquelle. Aber auch für Angehörige der staatlichen Administration und der philippinischen Armee bieten sich Möglichkeiten, am Entführungsgeschäft zu partizipieren: Für die Vermittlung von Lösegeldzahlungen werden „Gebühren“ fällig, Informationen haben ihren Preis, Soldaten werden bestochen. Das philippinische Militär profitiert aber auch generell vom Andauern des Konflikts: Sein politisches Gewicht nimmt zu (derzeit ist die Hälfte der Einsatztruppen in Mindanao stationiert), damit auch die staatlichen Mittelzuweisungen, und es eröffnen sich interessante Karrierechancen.<sup>7</sup>

Damit entsteht ein Geflecht von Akteuren, die aus unterschiedlichen Motiven am Fortdauern des Konflikts interessiert sind, für die Krieg nicht mehr im clausewitzschen Sinn bloßes Mittel zur Durchsetzung politischer Zwecke ist, sondern denen Krieg selbst zum Ziel wird, zu einem Modus der Bereicherung und

Subsistenzsicherung. Während historische Gewaltökonomien, wie sie sich z.B. in Europa im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges herausgebildet hatten, ihre Grenze an den durch Plünderung irgendwann erschöpften regionalen Ressourcen fanden, gilt dies für die neuen Kriege zumindest kurz- mittelfristig nicht, da die nötigen Mittel aufgrund der Verflechtung globalisierter legaler und illegaler Wirtschaftskreisläufe immer wieder beschafft werden können. Dies könnte erklären, warum Kriege wie der im Süden der Philippinen so lange andauern und warum sie so schwer zu beenden sind. Oft kommt es dabei zu Überlagerungen ursprünglicher Motivationen durch ökonomische Interessen: Politisch-ideologische Gründe mögen wie im vorliegenden Fall bei der Entstehung vieler Konflikte eine wichtige Rolle gespielt haben, in ihrem Verlauf treten sie jedoch oft in den Hintergrund bzw. sie werden von den „Gewaltunternehmern“ ähnlich wie ethnisch-kulturelle Differenzen für kommerzielle Zwecke instrumentalisiert. Aus diesem Befund ergeben sich für eine friedliche Konfliktlösung in Mindanao und den Sulu-Inseln wenig hoffnungsvolle Perspektiven. In der Folge des Irakkrieges und im Kontext der von den USA geführten weltweiten Antiterrorkampagne scheint sich die Regierung in Manila zudem gegenwärtig von einem militärischen Vorgehen gegen die Muslimrebellengrößen größere politische Vorteile zu versprechen. Dauerhafte Lösungen sind auf diesem Weg freilich nicht zu erreichen, wie die über 400-jährige Konfliktgeschichte in Mindanao und auf den Sulu-Inseln zeigt.<sup>8</sup> Dies wird nur möglich sein, wenn es gelingt, den „politischen Gewaltunternehmern“ jeder *Couleur* die Geschäftsgrundlage zu entziehen, wenn ein durch das staatliche Gewaltmonopol bewehrter Frieden durchgesetzt und mit einer umfassenden Entwicklungsanstrengung kombiniert werden kann, die zugleich allen Bevölkerungsgruppen einschließlich der Muslime weitgehende kulturelle Autonomie garantiert. Dies ist zweifellos ein schwieriger und langwieriger Prozess, zu dem es jedoch keine, jedenfalls keine friedliche Alternative gibt.

- Abb. 4: Marienschrein an der Außenwand der ehemaligen spanischen Festung Fort Pilar in Zamboanga City (Señora del Pilar), auf den im Oktober 2002 ein Anschlag verübt wurde.



Aufnahme: Helmut Schneider

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Als *Lumad* werden zusammenfassend rund 18 ethnolinguistische Ureinwohnergruppen Mindanaos bezeichnet (u.a. Subanon, T'boli, Tiruray), die weder islamisiert, noch christianisiert wurden und heute zumeist in schwer zugänglichen Bergrückzugsgebieten leben (vgl. Abb. 1).

<sup>2</sup> *Moros* = Mauren war im 16. Jahrhundert die abschätzig gemeinte Sammelbezeichnung der spanischen Kolonisatoren für die philippinischen Muslime, die diesen Namen inzwischen stolz als Ausdruck ihres kollektiven Selbstverständnisses als *Bangsa Moro* (Moro Nation) benutzen. Die bis heute ausgeprägte ethnisch-kulturelle Heterogenität der philippinischen Muslime hat dies aber nicht zum Verschwinden gebracht (die wichtigsten ethnischen Gruppen sind Tausug, Maguindanao, Samal und Marano-Illanun).

<sup>3</sup> Vor allem in den christlich besiedelten Teilen Mindanaos operiert nach wie vor auch die kommunistische Guerilla New Peoples Army (NPA). Da es hier um den Konflikt mit der muslimischen Bevölkerungsgruppe geht, wird die NPA, deren Aktivitäten in den letzten Jahren zudem nachgelassen haben, im Folgenden nicht weiter berücksichtigt (dies gilt auch für die Darstellung in Abb. 1); sie ist gleichwohl Teil der Gewalttopographie Mindanaos.

<sup>4</sup> Die größte Medienresonanz fand im Jahr 2000 die Entführung einer 21-köpfigen Urlaubergemeinschaft, darunter die Göttinger Familie WALLERT, die von der malaysischen Insel Sipadan nach Jolo im Sulu-Archipel verschleppt wurde. Die Geiseln kamen erst nach viermonatiger Gefangenschaft und der Zahlung von Lösegeldern in Höhe von (vermutlich) 15 Mio. US\$ wieder frei.

<sup>5</sup> Die USA mussten 1992 ihre Militärstützpunkte Subic Naval Base und Clark Air Base räumen. Die philippinische Verfassung verbietet seitdem den Kampfeinsatz ausländischer Streitkräfte auf philippinischem Territorium. Wegen des erheblichen innenpolitischen Widerstandes konnte der Einsatz der US-Truppen deswegen nur als „Ausbildung und Beratung“ deklariert werden. Pläne, in diesem Jahr US-Soldaten auf der ausschließlich von Muslimen bewohnten Insel Jolo einzusetzen, sind bereits auf heftigen politischen Widerstand gestoßen.

<sup>6</sup> Dazu gehören z.B. wechselseitige Anschläge auf religiöse Symbole wie den bedeutenden Marienschrein in Zamboanga City im Oktober 2002 (vgl. Abb. 4) oder auf Moscheen in Davao City im April 2003.

<sup>7</sup> Die durch den andauernden Konflikt gewachsene Bedeutung der im Southern Command (Southcom) zusammengefassten Truppenteile zeigt sich z.B. im Aufstieg des bisherigen Southcom-Chefs Gen. NARCISIO ABAYA zum Generalstabschef der Armee; in Mindanao hat Gen. ROY KYAMKO seine Nachfolge angetreten.

<sup>8</sup> Parallelen mit dem Aceh-Konflikt im Norden der indonesischen Insel Sumatra sind nicht zu übersehen: Auch hier werden das jüngst wieder verhängte Kriegsrecht und Militäraktionen den seit 26 Jahren andauernden Konflikt mit den bewaffneten Separatisten nicht nachhaltig lösen können.

#### Quellen

EPPLER, E. (2002): *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt*. Frankfurt am Main.

HUNTINGTON, S. (1998): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München, Wien. (amerik. Orig. 1996).

KALDOR, M. (2000): *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*. Frankfurt am Main. (engl. Orig. 1996).

MEYER, T. (1997): *Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds*. Berlin.

MÜNKLER, H. (2002): *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg.

PREUSS, U. (2002) *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*. Berlin.

SCHNEIDER, H. (2000): *Kulturkampf oder Ressourcenkonflikt? Hintergründe des Regionalkonflikts im Süden der Philippinen*. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, (144)4, 14-19.

SCHNEIDER, H. (2003): *Jihad in Mindanao? „Kampf der Kulturen“ oder Entwicklungskonflikt im Süden der Philippinen?* In: *Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft für das Ruhrgebiet*. Essen. (im Druck).

VORLAUFER, K. (2003): *Bali – Tourismus und Terror im „Inselparadies“*. In: *Geographische Rundschau*, (55)3, 50-55.

Dr. Helmut Schneider [Helmut.Schneider@uni-duesseldorf.de] ist wiss. Angestellter am Geographischen Institut der Heinrich Heine Universität Düsseldorf.